

156 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Jänner  
1969, betreffend ein Bundesgesetz über die Vermögenswerte  
nach den ehemaligen Landkreisen

Mit dem Verfassungs-Überleitungsgesetz aus dem Jahre  
1945 wurde die Einrichtung der Landkreise aufgehoben. Diese  
Landkreise waren juristische Personen und besaßen Vermögen.  
Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß sollen nunmehr die Vor-  
aussetzungen für die Übertragung der Vermögenswerte nach den  
ehemaligen Landkreisen auf die in Betracht kommenden Bundes-  
länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände geschaffen werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 5. Feber  
1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem  
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der  
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22.  
Jänner 1969, betreffend ein Bundesgesetz über die Vermögens-  
werte nach den ehemaligen Landkreisen, wird kein Einspruch er-  
hoben.

Wien, am 5. Feber 1969

G a m s j ä g e r  
Berichterstatter

M a y r h a u s e r  
Obmann